

FICHE AMENDEMENT

Proposition d'amendement à l'Article: III-60 (neu)

Déposée par Messieurs:

Joachim Wuermeling, Peter Altmaier

Qualité:

Suppléants

<p>Stellt der Rat auf Vorschlag der Kommission einstimmig fest, dass Maßnahmen zur Körperschaftssteuer die Zusammenarbeit zwischen den Behörden oder die Bekämpfung der Steuerhinterziehung betreffen, erlässt er mit qualifizierter Mehrheit ein Gesetz oder Rahmengesetz über diese Maßnahmen, soweit sie für das Funktionieren des Binnenmarkts und die Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen notwendig sind.</p> <p>Das betreffende Gesetz oder Rahmengesetz wird nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses erlassen.</p>	<p>(1) <u>Maßnahmen zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften im Bereich der direkten Steuern werden durch ein Europäisches Rahmengesetz des Rates ausschließlich dann festgelegt, soweit diese Harmonisierung für das Funktionieren des Binnenmarkts und die Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen notwendig ist und die Maßnahmen sich unmittelbar auf die Errichtung oder das Funktionieren des Binnenmarkts auswirken.</u></p> <p><u>Der Rat beschließt einstimmig nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses.</u></p> <p>(2) Stellt der Rat auf Vorschlag der Kommission einstimmig fest, dass Maßnahmen zur Körperschaftssteuer die Zusammenarbeit zwischen den Behörden oder die Bekämpfung der Steuerhinterziehung betreffen, erlässt er <u>insoweit abweichend von Absatz 1</u> mit qualifizierter Mehrheit ein <u>Europäisches</u> Gesetz oder Rahmengesetz über diese Maßnahmen, soweit sie für das Funktionieren des Binnenmarkts und die Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen notwenig sind.</p> <p>Das betreffende Gesetz oder Rahmengesetz wird nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses erlassen.</p>
---	--

Explanation (if any) :

Zur deutlicheren Abgrenzung der Zuständigkeiten der EU im Bereich der direkten Steuern sollte ein eigenständiger Absatz vorangestellt werden, der die Kompetenzen der EU im Bereich der direkten Steuern abschließend regelt, damit ein Rückgriff auf Art III-61 oder Artikel III-62 (ex-Artikel 94, 95) nicht mehr notwendig ist. In Verbindung mit den Grundsätzen der begrenzten Einzelermächtigung (Art I-9) und Art I-11 Abs. 6 wäre dann ein Rückgriff auf die allgemeinen Harmonisierungsklauseln nicht mehr möglich.

Die Formulierung der Zuständigkeitsnorm orientiert sich an den ex-Artikeln 93 und 94, um eine Kompetenzausweitung zu verhindern und ein gewisses Maß an Einheitlichkeit der Kompetenznormen für den Bereich der direkten und indirekten Steuern zu schaffen. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wurde die Formulierung des Art III-60 im Vergleich zu Art III-59 umgestellt.

Die vorgeschlagene Regelung lässt nicht erkennen, ob bereits die teilweise Betroffenheit der in Abs. 2 benannten Tatbestände dazu führt, dass über die beabsichtigte Regelung insgesamt mit Mehrheit entschieden wird, daher die Einfügung von « insoweit ».